



Innenausschuss

72. Sitzung (öffentlich)

Zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:

Ausschuss für Kommunalpolitik

111. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des
Katastrophenschutzes** **6**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/8293

Ausschussprotokoll 16/956

Zuschriften 16/732, 16/785, 16/786, 16/789 und 16/816

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP an.

Innenausschuss (72.),
Ausschuss für Kommunalpolitik (111.)
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

10.12.2015

Roe

Der mitberatende Ausschuss für Kommunalpolitik nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung des angenommenen Änderungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP an.

Der federführende Innenausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP an.

Der federführende Innenausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung des angenommenen Änderungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP an.

2 Gesetz über die Abschiebungshaft sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes

12

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9521

Ausschussprotokoll 16/1045

Stellungnahmen 16/3094, 16/3107, 16/3115 und 16/3121

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung in der durch den angenommenen Änderungsantrag entstandenen Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP an.

Innenausschuss (72.),
Ausschuss für Kommunalpolitik (111.)
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

10.12.2015

Roe

3 Gesetz zur Neuregelung der Höchstaltersgrenzen für die Einstellung in eine Beamtenverhältnis im Land Nordrhein-Westfalen und zur Entfristung der Altersteilzeitregelung 19

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9759

Stellungnahmen 16/3068, 16/3080, 16/3178, 16/3203, 16/3245, 16/3267 und 16/3268

Zuschrift 16/852

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP an.

4 Entlastung der Kommunen durch ein Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Einrichtungen 21

– Bericht der Landesregierung

Innenminister Ralf Jäger berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

5 Grundrecht auf menschenwürdige Wohnverhältnisse für alle, auch für Geflüchtete: Notfalls ungenutzten Wohnraum in Anspruch nehmen! 34

Antrag des Abg. Schwerd (fraktionslos)
Drucksache 16/10290

Der federführende Innenausschuss lehnt den Antrag des Abgeordneten Daniel Schwerd (fraktionslos) einstimmig ab.

6 Höchste Terrorwarnstufe in Brüssel/Belgien – und an den Kontrollstellen zu Nordrhein-Westfalen wird nicht durchgehend kontrolliert? 37

Bericht der Landesregierung, Vorlage 16/3540

MDgt Wolfgang Düren (MIK) beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

Innenausschuss (72.),

10.12.2015

Ausschuss für Kommunalpolitik (111.)

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

7 Terrorprävention stärken – Gesondertes digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen aufbauen 40

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10303

Der Ausschuss vereinbart ein Expertengespräch im schriftlichen Verfahren.

8 Randalere statt Respekt nach den Anschlägen von Paris – trotz verstärkter Sicherheitsmaßnahmen extrem gewalttätige Ausschreitungen mit zahlreichen, teilweise erheblich Verletzten auf Schalke 41

Bericht der Landesregierung, Vorlage 16/3539

LPD Rüdiger Wollgramm (MIK) und Innenminister Ralf Jäger beantworten Fragen aus dem Ausschuss.

9 Und munter sprengt die Bankautomatenband: Neue Form des Bankraubs mittels nächtlicher Sprengung von Geldautomaten wirksam entgegnen 51

Bericht der Landesregierung, Vorlage 16/3546

Dieser Punkt wird auf Antrag der FDP-Fraktion auf die nächste Sitzung des Innenausschusses vertagt.

10 Erneut tragischer Unfall: Wieder prallt ein Lkw auf Polizeifahrzeug – Sicherheit für Polizeibeamte/innen an Einsatzstellen auf dem Seitenstreifen einer Bundesautobahn 52

Bericht der Landesregierung, Vorlage 16/3529

(Keine Wortmeldungen)

Nach Abhandlung der Tagesordnung 53

a) Trojaner-Angriff im Ministerium für Inneres und Kommunales 53

b) Worte des Vorsitzenden zum Jahresende 54

3 Gesetz zur Neuregelung der Höchstaltersgrenzen für die Einstellung in eine Beamtenverhältnis im Land Nordrhein-Westfalen und zur Entfristung der Altersteilzeitregelung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9759

Stellungnahmen 16/3068, 16/3080, 16/3178, 16/3203, 16/3245, 16/3267 und 16/3268

Zuschrift 16/852

– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, die Federführung liege beim Innenausschuss, die Mitberatung beim Haushalts- und Finanzausschuss. Der erst am Nachmittag tagende mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss habe bisher keine Gelegenheit gehabt, ein Votum abzugeben. In einer schriftlichen Anhörung hätten die kommunalen Spitzenverbände sowie weitere Sachverständige Stellung zu diesem Gesetzentwurf genommen. Änderungsanträge lägen nicht vor.

Dirk Schatz (PIRATEN) kündigt namens seiner Fraktion an, den Gesetzentwurf abzulehnen. Er stelle eine Altersdiskriminierung dar, sei angesichts der Personallage in Nordrhein-Westfalen zu unflexibel und entspreche nicht den heutigen Lebensführungen und Lebensplanungen der Menschen.

Einzig die Mindestversorgung von 35 % der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge, auf die ein Beamter derzeit Anspruch habe, sei als sinnvolles Argument für die Neuregelung angeführt worden. Allerdings gebe es dazu Alternativlösungen, über die der Ausschuss nicht ansatzweise diskutiert habe.

Werner Lohn (CDU) hebt positiv hervor, dass die Landesregierung nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aktiv geworden sei und nach Expertenmeinung mit der Neuregelung nun Verfassungskonformität erreicht werde.

Allerdings habe die Landesregierung die Chance vertan, im Rahmen einer großen Dienstrechtsreform dafür zu sorgen, die Höchstaltersgrenze für die Einstellung in ein Beamtenverhältnis auch in Bezug auf Attraktivität und Zugang in den öffentlichen Dienst und in Bezug auf das Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst neu zu regeln. Die aufgeführten Ausnahmetatbestände reichten nach Auffassung der CDU-Fraktion, des Deutschen Beamtenbundes und des Landkreistages bei Weitem nicht aus, die zukünftige Attraktivität der Behörden zu gewährleisten.

Wünschenswert wäre es, wenn die Behörden selbst entscheiden, bei zwingendem dienstlichem Interesse oder bei zwingenden in der Person des Antragstellers liegenden Gründen von der starren Grenze abweichen und zum Beispiel einen Korridor von 42 bis 47 Jahren – ähnlich wie in anderen Ländern – festlegen könnten. Dies gelte im

Besonderen für angestellte Lehrer, von denen ein großer Teil von der Höchstaltersgrenze betroffen sei bzw. künftig sein werde.

Aus diesen Gründen werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf enthalten, so Lohn, und dafür eintreten, mindestens im Rahmen der großen Dienstrechtsreform dem erheblichen Nachbesserungsbedarf vor allem in Bezug auf die Auswirkungen eines späteres Eintretens als Beamter in den öffentlichen Dienst auf die Versorgung Rechnung zu tragen.

Marc Lürbke (FDP) schließt an, die Heraufsetzung des Einstellungshöchalters gemäß höchstrichterlicher Rechtsprechung stehe außer Frage.

Die Regelung zur Altersteilzeit umfasse, wie von den Sachverständigen dargestellt, zwei Aspekte: neben der haushaltspolitischen Sicht die auch für den Innenausschuss wichtige Frage, inwieweit damit – angesichts der derzeitigen Flüchtlingssituation – ein Verlust erfahrener Kräfte einhergehe, sowie das nachvollziehbare Interesse an Altersteilzeit.

Zudem würden in der Tat immer nur einzelne Themen herausgepickt, statt das Ganze im Zusammenhang mit der längst überfälligen großen Dienstrechtsreform zu sehen.

Auch die FDP-Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Dirk Schatz (PIRATEN) stellt an Herrn Lohn gewandt klar, dass die Ablehnung des Gesetzentwurfs nicht zu nicht verfassungskonformen Regelungen führen würde, da der Gesetzgeber laut Richterspruch überhaupt keine Höchstaltersgrenze festlegen müsse. Über die Frage der Festsetzung einer Höchstaltersgrenze lasse sich grundsätzlich streiten. Die Piraten lehnten den hierzu nun vorgelegten Gesetzentwurf ab und favorisierten eine andere Regelung.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP an.